

UTE VOGT

INFORMIERT

Nr. 7

SPD

Juli 2020



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

das Parlament hat Sommerpause. Dieser Tage hat sich übrigens deshalb eine Lehrerin bitter bei mir beklagt. Schließlich sei durch die Corona-Pandemie so vieles zu erledigen und die Abgeordneten würden einfach bis Ende August Ferien machen... Bedenklich, dass solche Vorwürfe von jemandem kommen, der es eigentlich besser wissen müsste. Klar wird unsere Arbeit derzeit weniger sichtbar. Aber die Anfragen zu konkreten Hilfen und die Hinweise auf Lücken in dringend notwendiger Unterstützung werden kaum weniger und müssen bearbeitet werden. Wo allerdings sonst die Sommerfeste oder Vereinsfeiern für direkte Begegnungen gesorgt haben, muss nun häufig ein Telefonat oder Videotreffen versuchen, das unmittelbare Bürgergespräch zu ersetzen.

Für mich steht die Sommerpause außerdem unter dem Zeichen der Vorbereitungen des Wahljahres 2021. Am 11. September will die Programmkommission, die ich für die Landes-SPD leiten darf, den ersten Entwurf für unser Landtagswahlprogramm präsentieren. So bleibt den Ortsvereinen und Kreisverbänden aber auch der interessierten Öffentlichkeit Zeit, weitere Ideen einzuspeisen. Die Beschlussfassung erfolgt dann am 14. November auf dem Landesparteitag.

Einen wichtigen Schwerpunkt wird dabei die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für Baden-Württemberg bilden. Ein Feld, bei dem die Landesregierung weitgehend passiv ist und auf die Leistungsfähigkeit der Unternehmen vertraut. Die technologische Entwicklung fordert uns im gesamten Maschinenbau, aber besonders auch in der Autoindustrie. Wir arbeiten an Ideen für eine aktive Wirtschaftspolitik, die sich einmischt und nicht zuschaut, wie Arbeitsplätze verschwinden. Auch ohne Corona waren die Herausforderungen bereits groß. Es ist unsere Verpflichtung, zusammen mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten und Gewerkschaften und Unternehmen am Umbau zur ökologischen Industriegesellschaft bei uns im Land zu arbeiten. Erschreckend genug, dass eine grün geführte Landesregierung hier auf Rezepte von vorgestern setzt und das Heil in einer Abwrackprämie sieht.

Auf Bundesebene beginnt übrigens derzeit die Erarbeitung der Grundlinien für unser Bundestagswahlprogramm. Hier arbeite ich in der Gruppe „Freiheit und Sicherheit“ mit an den Grundzügen sozialdemokratischer Innenpolitik. Es werden spannende Debatten, in und nach der Sommerpause. Einen schönen Sommer und auch etwas Zeit zur Erholung wünsche ich euch.

Herzliche Grüße

Ein Gespräch beim Stuttgarter Polizeipräsidium



v.l.n.r.: Ute Vogt MdB, Sascha Binder MdL, Andreas Stoch MdL, Thomas Berger stellv. Polizeipräsident. Foto: Manuela Özdeniz



Nach den Ausschreitungen in Stuttgart war ich gemeinsam mit Sascha Binder und Andreas Stoch direkt am darauffolgenden Montag beim stellvertretenden Stuttgarter

Polizeipräsidenten Thomas Berger. Im Gespräch über die Geschehnisse in der Tatnacht mit Einsatzkräften wurde deutlich, wie besonnen die Polizei gehandelt hat. Bevor die Verstärkung aus anderen Städten dazu kam, waren die Polizistinnen und Polizisten eine halbe Stunde lang einer Steine werfenden Masse gegenüber gestanden, die absolut in der Überzahl war. Es macht mich noch immer fassungslos, wie Menschen praktisch grundlos zu solch sinnloser Gewalt fähig sind und sich in der Masse offenbar gegenseitig befeuern. Neben den Straftätern muss unser Blick auch denen gelten, die angefeuert haben und die filmend daneben standen. Den Tätern wurde damit noch Bühne und Publikum geboten. Eine echte Verrohung der Sitten und eine bedenkliche Ferne zum Staat und seinen Repräsentantinnen und Repräsentanten, die sich hier ein weiteres Mal gezeigt hat. Sozialdemokratische Innenpolitik heißt für mich, dafür zu sorgen, dass öffentliche Straßen und Plätze ohne Angst von allen Menschen genutzt werden können. Dies kann nicht alleine mit Polizeikräften erreicht werden, sondern braucht kluge Stadtplanung und kommunale Kriminalprävention. Zu den Stuttgarter Ausschreitungen gab es auch eine „Aktuelle Stunde“ im Bundestag. Hier meine [Rede](#) dazu.

Startschuss für die EU-Ratspräsidentschaft



Am 1. Juli hat Deutschland für die kommenden sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Oberstes Ziel ist es, europäische Lösungen für die wirtschaftlichen und sozialen Pandemiefolgen auszuarbeiten. Dennoch steht natürlich noch einiges mehr auf der Agenda. Zum Beispiel besteht in den anstehenden Verhandlungen über den nächsten EU-Haushalt 2021-2027 und für ein europäisches Wiederaufbauprogramm die Chance, Antworten auf die entstandenen Herausforderungen zu geben.

Zwar ist die deutsche Ratspräsidentschaft in erster Linie eine Aufgabe der Bundesregierung. Der Bundestag begleitet die Ratspräsidentschaft durch sogenannte parlamentarische Dimensionen aber mit. Die Abgeordneten treffen sich mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus den anderen nationalen Parlamenten und bringen sich in die europäische Politik ein. Mehr Informationen dazu gibt es [hier](#). Auch innerhalb der SPD haben wir uns darüber verständigt, was während dieser Zeit in Angriff genommen werden sollte. Die entstandenen Vorstellungen haben wir in einem [Positionspapier](#) zusammengetragen.

Was die Stuttgarterinnen und Stuttgarter bewegt: Klimaschutz, Kohleausstieg, Fleischindustrie u.v.m.

Es war viel los in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause und in Stuttgart. Das war auch an den vielen Zuschriften zu spüren, die mich in letzter Zeit erreichten. Der [Kohleausstieg](#) wurde gesetzlich festgelegt - bis 2038. Das war für knapp 80 Stuttgarterinnen und Stuttgarter ein guter Grund, um mir zu schreiben. Ich hätte mir auch einen früheren Ausstieg gewünscht. Doch gar kein Ausstieg wäre die schlechtere Alternative gewesen. Viele haben sich an einer Mail-Aktion beteiligt und einen möglichst hohen Beitrag im Konjunkturprogramm für den [Klimaschutz](#) gefordert. Auch die Arbeits- und Hygienebedingungen in der Fleischindustrie ärgerten die Bürgerinnen und Bürger. Arbeitsminister Hubertus Heil hat für bessere Bedingungen bereits [Eckpunkte](#) entworfen und wird im Sommer einen Gesetzesentwurf vorlegen. Die Überbrückungshilfen für den internationalen Jugendaustausch und die Wahlrechtsreform interessierten ebenfalls, so wie der Umgang mit Rassismus in der Polizei. Die Zuschriften, die ich bekam, waren sehr kontrovers. Meine Haltung dazu ist, dass es Rassismus in der Polizei ebenso wie in anderen Institutionen gibt. Deshalb dürfen wir aber nicht alle Polizistinnen und Polizisten unter Generalverdacht stellen.

Wer denkt an was?



Ein passender Entwurf für ein modernes Urheberrecht



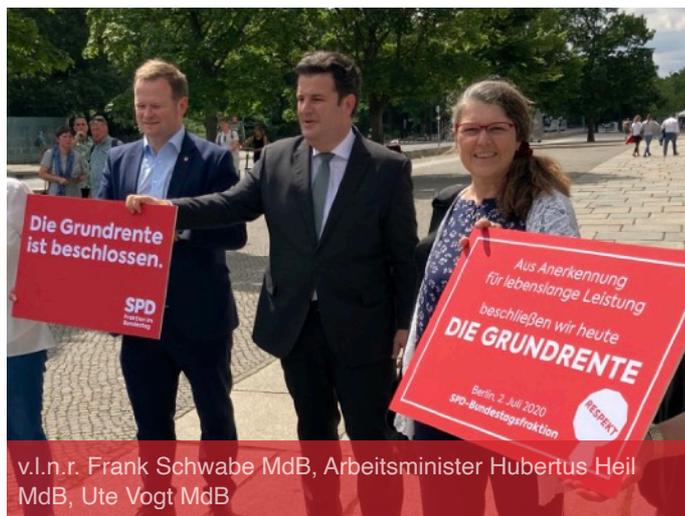
Unsere Justizministerin Christine Lambrecht hat einen [Entwurf zur Diskussion](#) vorgelegt, der ein modernes Urheberrecht möglich macht. Und dabei alle Interessen im Blick behält. Für uns war ein besonders wichtiger Punkt, dass Uploadfilter weitestgehend überflüssig werden. Ausschnitte aus Songs und Filmen als Zitate oder in Parodien zu verwenden, wird hingegen komplett legal. Das heißt: Memes werden aus der rechtlichen Grauzone geholt. Das heißt am Schluss auch: Kreative werden für ihre Leistung bezahlt. Mit einem neu geschaffenen Vergütungssystem wird sichergestellt, dass Kreative von ihrer Arbeit leben können.

Frieden im Nahen Osten sichern und an der Zwei-Staaten-Lösung festhalten!

Der israelische Ministerpräsident hat eine Annexion von Teilen des Westjordanlandes angekündigt. Wir haben gemeinsam mit der CDU/CSU und der FDP dazu und zu den möglichen Folgen für die regionale Stabilität einen Antrag im Bundestages eingebracht und angenommen. Die besonderen Beziehungen Deutschlands zu Israel sind für uns auch Auftrag, uns für eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts einzubringen. Trotz aller Schwierigkeiten sind wir davon überzeugt, dass der einzige Weg, der dauerhaft Frieden bringen und die berechtigten Erwartungen beider Seiten erfüllen kann, eine zwischen Israel und den Palästinensern verhandelte Zwei-Staaten-Lösung ist. Sie ist und bleibt der Grundpfeiler unserer Nahostpolitik. Unser Fraktionsvorsitzender hat dazu kürzlich ein [Interview](#) gegeben und der Antrag kann [hier](#) gelesen werden.

Durchgesetzt - Die Grundrente !

Nach langen und zähen Verhandlungen mit dem Koalitionspartner ist es nun soweit! Wir haben die Grundrente beschlossen. In dieser angespannten Zeit hat nun auch die Union ihre Blockade aufgegeben. Wer mindestens 33 Jahre lang bei geringer Bezahlung gearbeitet, Kinder erzogen, oder Angehörige gepflegt hat und eine niedrige Rente bezieht, hat ab Anfang 2021 einen Anspruch auf Grundrente. Die Rente ist für viele Menschen im Alter die Haupteinkommensquelle. Dafür haben sie jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge eingezahlt. Und doch sind viele im Alter auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen. Mit der Grundrente stärken wir den sozialen Ausgleich und zeigen: Die lebenslange Beitragsleistung wird gewürdigt. Insgesamt werden 1,3 Millionen Menschen einen Zuschlag auf ihre Rente bekommen. Umso wichtiger ist es, dass sie die Grundrente ab 1. Januar 2021 erhalten. Ein [Faktenpapier](#) zur Grundrente gibt es auf der Website des Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Dort werden die Details der Grundrente aufgeschlüsselt.



Ausbildungsprämie

Viele kleine und mittelständische Unternehmen haben gerade unter Engpässen zu leiden. Da liegt es nahe, Ausbildungsplätze abzubauen oder keine neuen anzubieten. Doch das wäre den Azubis gegenüber nicht fair und es würde der Wirtschaft schaden. Und wir brauchen dringend jedes Jahr gut ausgebildeten Nachwuchs. Deshalb sollen ausbildende Unternehmen künftig mit einer Ausbildungsprämie pro Lehrstelle belohnt werden. Das Bundeskabinett hat sich in der letzten Sitzungswoche auf [Eckpunkte](#) für ein Bundesprogramm verständigt.

Unter diese Prämie fallen Betriebe mit bis zu 249 Beschäftigten, die von der Krise besonders betroffen sind, die aber trotzdem die Zahl ihrer Lehrlinge im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen drei Jahre nicht verringern. Sie erhalten einen Zuschuss von 2000 Euro für jeden für das Ausbildungsjahr 2020 abgeschlossenen Lehrvertrag. Wenn sie sogar mehr ausbilden als zuvor, soll es 3000 Euro für jede zusätzliche Lehrstelle geben.



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de



www.ute-vogt.de



www.twitter.com/UteVogt



www.facebook.com/ute.vogt